



Nur so nebenbei gesagt ...

■ „Manche Menschen sorgen dafür, dass etwas geschieht, manche schauen zu, wie etwas geschieht und manche fragen sich, was da gerade geschieht.“ Dieses gälische Sprichwort beschreibt sehr gut die derzeitige Stimmung in unserer Gesellschaft. Die Regierung ist dabei, den möglichen NATO-Einsatz gegen Russland vorzubereiten, einen Atomkrieg zu riskieren und das Land wirtschaftlich an den Abgrund zu führen. Milliarden für die Rüstungs- und Pharmaindustrie, Milliarden für eine gescheiterte Energiewende und ihre hirnrissigen Auswüchse der Entwicklungshilfe, Milliarden für Migration – aber klamme Kassen bei den Städten und Gemeinden. So viel zu denen, die dafür sorgen, dass etwas „geschieht“.

Die Mehrheit der Deutschen gehört allerdings zu denen, die teilnahmslos und desinteressiert alles tolerieren, akzeptieren und „zuschauen“. Noch schlimmer, viele sehen überhaupt keine Gefahr. Uns geht es doch gut, ist eine der

meistgehörten Antworten. Und in der Tat, viele empfinden die sich derzeit auftürmenden Probleme nicht wirklich als persönliche Gefährdung, sondern eher als etwas Abstraktes, das „unsere“ Regierung schon in „den Griff bekommen wird“. Und selbst steigende Lebensunterhaltskosten und Kriegsgefahr scheinen sich auf die große Mehrheit noch nicht so gravierend auszuwirken, dass sich ein Nachdenken darüber, geschweige denn ein Gegensteuern lohnt. Ein unerklärliches Phänomen vor allem bei den jungen Menschen.

Und da gibt es die durchaus nicht unbedeutende Zahl derer, die schon lange mit großer Sorge die Entwicklung betrachten. Die protestieren, demonstrieren, Petitionen einbringen und versuchen, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und aufzuwecken. Hiobsbotschaften, wie zuletzt die Schließung von drei VW-Standorten mit dem Verlust tausender Arbeitsplätze, oder die Abwanderung ganzer Industriezweige (BASF), immer mehr

Firmenpleiten, müssten doch weit mehr Menschen zum Nachdenken bringen. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein.

Neben all diesen Tatsachen scheint eine besonders hervorstechen. Es ist die absolute Unfähigkeit der Menschen, Fehler einzugestehen. Lieber falsche Entscheidungen bis in die letzte Konsequenz zu verteidigen, als einmal zuzugeben, dass man sich geirrt hat. Das trifft auf die Impfungen genauso zu wie auf das Klimanarrativ und die Energiewende. Mehr noch, man ist in diesem Land nicht mehr in der Lage, das Gesamte zu betrachten.

Eines ist sicher, wir haben nicht mehr viel Zeit. Und gerade die jungen Menschen müssten begreifen, dass jetzt die Weichen für ihre Zukunft gestellt werden. Die überwiegend älteren Semester, die immer wieder auf die Straße gehen, kämpfen nicht so sehr für sich selbst, sondern für das Leben und das Überleben ihrer Kinder und Enkel. Nur so nebenbei gesagt ... | HM ■

FRIEDEN

**Appell an alle Menschen,
deren Herzensanliegen Frieden in Deutschland,
Europa und der Welt ist.**



Foto: Myriams-Fotos/Pixabay

VON BEATE
PFLIEGL-MOUSSAVIAN

■ Vorab möchte ich ein paar Fragen stellen, die jeder für sich beantworten sollte.

- ❓ Warum ist aktuell die Friedensbewegung so sehr gespalten?
- ❓ Wie kann es sein, dass angesichts der uns umgebenden Kriege bei uns von „Kriegserächtigung der deutschen Gesellschaft“ gesprochen wird, ohne dass dies zu einem kollektiven Aufschrei und zum gemeinsamen Auftreten aller Friedensfreunde führt?
- ❓ Wie kommt es, dass es anscheinend „gute“ und „schlechte“ Friedensdemonstrationen gibt: die einen als Lumpenpazifisten und Putin-gesteuert diffamiert und die anderen als rechtschaffene Friedensfreunde gefeiert werden?
- ❓ Warum lassen wir, die Menschen dieses Landes, es zu, dass unser gemeinsamer Wunsch nach Frieden von politischer, medial gepushter Propaganda in Lager von Gut und Böse gespalten wird?

❓ Es sind schon so viele Menschen in diesen Kriegen getötet und verletzt worden. Und täglich werden es mehr und mehr und mehr ... Warum führt das nicht dazu, dass wir Waffenstillstand und Verhandlungen fordern – gemeinsam, auch sichtbar auf unseren Straßen?

Wir einzelne Menschen werden durch hitzige Diskussionen darüber, wie dieser Frieden erreicht werden kann, den politischen Weg nicht bestimmen können. Wir reiben uns nur gegenseitig auf, vergeuden unsere Energie in moralisch und ideologisch dominierten, völlig verdrehten „Rechts-gegen-Links-Debatten“. Wir lassen uns spalten, obwohl wir dasselbe wünschen: Frieden für die Kriegsgebiete und Erhalt des Friedens für uns selbst.

Wir, die Menschen dieses Landes, werden das menschliche Kriegsmaterial liefern, wenn diese Kriege eskalieren. Und es ist die arbeitende Bevölkerung, die das Geld für den Krieg zur Verfügung stellen muss.

Das Leid, das Kriege unausweichlich bringen, ist nichts Abstraktes: es wird unser aller Leiden sein. OK, jene mit ausreichend

Geld, Macht und Einfluss werden sich wohl einigermaßen entziehen können, sollten diese Kriege europaweit eskalieren. Doch wir, die Masse, ganz sicher nicht.

Wenn wir unseren grundsätzlichen Wunsch nach Frieden und Friedenserhalt in Europa sichtbar machen wollen, ohne uns in aufreibende, spaltende Detailfragen des „Wie, Wann, mit Wem“ verwickeln zu lassen, brauchen wir Solidarität untereinander. Der Weg zum Frieden wird nur über diplomatische Anstrengungen zu erreichen sein. Und das ist nicht unsere Aufgabe, sondern die Aufgabe der Politik. Für solche Anliegen haben wir dieses politische System, das unsere Interessen vertreten und uns auch schützen soll.

Durch eine geeinte Friedensbewegung, die sich auf nur drei grundlegende Forderungen bezieht, können wir unsere Politiker in ihrem Handeln beeinflussen.

Wir können einfordern:

- ❗ Dass das Töten sofort durch
● Waffenstillstand in den aktuellen Kriegsgebieten Ukraine und Israel gestoppt wird,
- ❗ dass keine Waffen mehr in
● Kriegsgebiete geliefert werden und,
- ❗ dass Verhandlungen für diplomatische Lösungen der Konflikte initiiert werden.

Diese Aufgabe ist nicht einfach, aber wir finanzieren unsere teuren Politiker genau für solche Anliegen. Es ist ihre Aufgabe, Lösungen in unserem Sinne zu ermöglichen. Dafür werden sie extrem gut bezahlt. Und wenn sie unfähig sind, Lösungen in so entscheidenden Bereichen für uns zu erreichen, sollten sie zurücktreten.

Wir können dort, wo wir leben, dieses Anliegen sichtbar machen und so auf unsere Politiker einwirken. Denn in einem gewissen Umfang sind sie von uns, die sie wählen, abhängig. Sie benötigen immer noch zumindest unsere Duldung – die wir ihnen aber auch verweigern können.

Wenn wir geschlossen zeigen, dass wir die aktive Unterstützung von Kriegen nicht wollen, werden sie mit Blick auf den Erhalt ihrer Machtpositionen umschwenken von einer Politik der Kriegsbereitschaft und Kriegsunterstützung zur initiativen Kriegsverhinderung durch Diplomatie.

Wenn wir uns im Friedenswunsch vereinigen, ohne uns gegenseitig aufgrund von Meinungsdivergenzen – echten wie falschen – in angeblich verschiedenen „Friedenslagern“ zu verbarrikadieren, können wir etwas bewirken.

Und nun zu meinem Appell

Ich bin sicher, dass die Menschen Frieden wollen. Diesen Wunsch können wir alle sehr einfach ausdrücken:

Indem wir genau da, wo wir leben, zusammen mit Familie, Nachbarn und Freunden, aber

ebenso gut auch alleine, **für den Erhalt des Friedens spazieren gehen: montags zwischen 18 und 19 Uhr und jeder führt ein wie auch immer geartetes Licht mit sich.** Ob alleine oder als vernetzte Gruppen: Wichtig ist nur, dass an diesen Montagsspaziergängen in Euren Herzen der Friedensgedanke lebendig ist.

Auf diese einfache Weise können wir die nun anbrechende „dunkle Zeit“ im wahrsten Sinne des Wortes erstrahlen lassen. Mit unseren Friedenslichtern solidarisieren wir uns als friedliebende Menschen jenseits politischer Manipulationen und/oder Differenzen über den zur Friedenssicherung einzuschlagenden Weg. Wir legen innerlich, für uns selbst, das Bekenntnis zum Frieden ab. Durch unser solidarisches Friedensbekenntnis können wir alle den politischen Weg in Richtung Diplomatie beeinflussen. Hierin liegt unsere Macht.

Dieser Aufruf richtet sich an jeden Menschen in Deutschland. Meine Vision ist es, Deutschland in diesem Winter erstrahlen zu lassen im Friedensgedanken.

Lasst uns das einfach tun, ohne viele Worte, ja auch ohne unsere Differenzen über die Wege zum Frieden zum Schwerpunkt und bequemen Hinderungsgrund zu machen.

Lasst uns das aus unseren Herzen heraus gemeinsam beginnen. Und lasst uns auch gemeinsam erleben, was sich daraus entwickeln wird – denn es wird überraschende Entwicklungen geben.

Dies ist kein Aufruf zum politischen Widerstand. Der Aufruf soll die Herzen erreichen ... nicht den Verstand beschäftigen.

Jeder ist willkommen.

Jeder ist wichtig.

Grüße an alle Friedensfreunde
von Beate

Gib uns Frieden

VON
HERBERT MAYER



In der online-Version auf <https://unzensiert-allgaeu.de/> ist der Song abspielbar.

Gib uns Frieden für die Seelen aller Menschen dieser Welt denn der Friede in den Herzen diese Welt zusammenhält.

Überall erleiden Menschen auf der Welt so große Not, so viel Feindschaft, so viel Leiden, so viel Grausamkeit und Tod. Alle sind sie immer wieder kampfbereit zu jeder Zeit, und sie sind zu oft zum Kriege nie zum Frieden dann bereit. Doch man fragt sie nicht, die Menschen, denn die Politik beschließt, dass man ohne große Frage nun auf fremde Menschen schießt.

Es sind immer finstre Mächte, die die Kriegslust ständig schüren, denn sie müssen diese Schmerzen nicht am eigenen Leibe spüren. Sie verheizen unsre Jugend, Männer, Frauen für den Krieg, und es träumen Generäle gerne von dem großen Sieg.



UNZENSIERT-
Friedenssong abspielen

Doch die Menschen sind die Opfer, die sich nie begegnet wären, und sich auf Befehl von oben plötzlich nun zum „Feind“ erklären.

Immer sind es die Eliten, die den Krieg in Länder tragen, um die eigene Macht zu sichern und die Menschen niemals fragen. Doch wir müssten uns nur wehren, keine Waffen produzieren, und mit allen Menschen reden, und auch keinen Hass mehr schüren. Diese Politik des Bösen müssen wir jetzt überwinden, um zum Frieden und zum Leben schnellstens jetzt zurück zu finden.

Dieses ist die große Hoffnung, die wir an den Herrgott richten, diese schöne Welt erhalten alle Waffen zu vernichten.

Alle Waffen zu vernichten.

Ja.

Wehrhaft sein



TEIL 2

VON MARTINA LAABE

■ Über die Wehrhaftigkeit Deutschlands nach außen wurde im vorangegangenen „UNZENSIERT“ geschrieben. Wie sieht es mit der Wehrhaftigkeit im Inneren aus und welche Aspekte sind da zu beachten?

Zunächst einmal gibt es die offiziellen Sicherheitsorgane, die für Ruhe und Ordnung im Land sorgen sollen. Angesichts gewaltiger, unkontrollierter Migrantenströme wird die nicht vorhandene Wehrhaftigkeit Deutschlands an seinen Grenzen, aber auch im Land selbst von vielen Bürgern kritisiert. Laut H.-G. Maaßen, Jurist und ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, sind die deutschen und internationalen Gesetze durchaus geeignet, die Sicherheit der deutschen Grenzen zu gewährleisten, allerdings mangle es am Willen der aktuellen Regierung, diese Gesetze vollumfänglich in die Tat umzusetzen. Manuel Ostermann, Polizeibeamter und stellvertretender Vorsitzender der DPoIG (Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB), mahnt auf seinem sehr empfehlenswerten X-Account immer wieder vor Missständen in der personellen und finanziellen Ausstattung der Polizei.¹

Die Bildzeitung titelt „So viele Flüchtlinge wie nie in Deutschland“², laut Ausländerzentralbehörde lebten zum Ende des ers-

ten Halbjahres knapp 3,5 Millionen Flüchtlinge (wobei der Begriff dehnbar ist: Asylsuchende, Geflüchtete, Geduldete) in Deutschland. Die meisten kommen aus der Ukraine, Syrien und Afghanistan. Das sind die offiziellen Zahlen, aber es erweist sich immer wieder, dass „niemand nichts Genaues“ weiß. Bei einer Razzia in einem Duisburger „Problemhochhaus“, in welches sich die DHL-Boten nicht mehr ohne Polizeischutz hinein trauten, wurden un- längst 100 dort nicht gemeldete Personen angetroffen.³ Einige Festnahmen erfolgten.

Anlässlich der Vorstellung der Kriminalstatistik für 2023 beklagte die CDU/CSU Bundestagsabgeordnete Andrea Lindholz im April 2024, dass die registrierte Zahl der Straftaten seit zwei Jahren rapide ansteige.⁴ Dies läge vor allem an mehr ausländischen Tatverdächtigen.

Die Bildzeitung wertete die Kriminalstatistik des BKA für 2023 unter der reißerischen, aber inhaltlich wohl zutreffenden Überschrift „Täglich 25 Sex-Verbrechen durch Flüchtlinge“ aus.⁵ Hier soll keine Werbung für die Bild gemacht werden, aber dieses Blatt ist nun einmal mit entscheidend für die Stimmung im Land – entweder sie „macht“ diese oder nimmt sie auf. Zu den Sexualstraftaten kommen vor allem die Gewalttattaken mit Machete, Messer oder Hammer – nicht mehr nur in den Großstäd-

ten, sondern auch in der Provinz. Es sieht also so aus, als ob es um die innere Sicherheit in Deutschland nicht gut bestellt ist.

Viele Bürger fühlen sich in ihrem Sicherheitsbedürfnis vom Staat verlassen. Manche denken darüber nach, sich selbst wehrfähig zu machen: Die Anträge für einen sogenannten Kleinen Waffenschein sind seit 2016 ebenso gestiegen wie die Nachfrage nach Selbstverteidigungskursen. Die Regierung sieht offenbar die Gefahr der Selbstbewaffnung der Bürger und schränkt diese massiv ein durch die aktuelle Veränderung des Waffengesetzes im Rahmen des neuen „Gesetz(es) zur Verbesserung der inneren Sicherheit und des Asylsystems“ (Art. 5)⁶.

Zugespitzt gesagt haben wir heute offene Grenzen, eine große Zahl weitgehend unbekannter Krimineller mit Migrationshintergrund, eine überlastete Polizei und unbewaffnete Bürger. Ist das so gewollt? Und wenn ja, warum? Die Antwort führt sicher zu Verschwörungstheorien ...

Neben den USA ist die Schweiz eines der am stärksten bewaffneten Länder der Welt. Wenn es auch Unterschiede in der Waffenkultur zwischen beiden Ländern geben mag, im Kern ist hier eine Wehrbereitschaft erkennbar, die den dortigen Bürgern eigen ist und von den Regierungen nicht unmöglich gemacht wird. Um das Argument der steigenden Waf-

fengewalt in diesem Zusammenhang gleich zu entkräften: Im Gegensatz zu den USA tritt diese in der Schweiz nicht auf.

Die Bundesregierung kennt die Sorgen der Bürger, sie spricht in einem Bericht zur Lebensqualität⁷ schon 2017 von „subjektivem Sicherheitsgefühl“ und „Kriminalitätsfurcht“, seitdem ist nichts besser geworden.

Abgesehen von diesen frapierenden Zuständen gibt es den normalen, durchschnittlichen Alltag. Wie steht es um unsere „wehrhafte Demokratie“?⁸ Bei Gründung der Republik 1949 konnten die heutigen Probleme nicht erahnt werden. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit waren beispielsweise bestimmend für die Einführung des Asylrechts. Schutz vor Links- und Rechtsextremismus war angesichts der NS-Vergangenheit und Sowjetgegenwart wesentlich für die Forderung nach Wehrhaftigkeit der jungen Demokratie, sich nämlich gegen seine Feinde wehren zu können und zu dürfen. Zum politischen Terrorismus von Links oder Rechts kommt seit 9/11 der religiös motivierte, der allerdings in seinen Auswirkungen – Stichwort Frauenrechte, Scharia, Kalifat – sehr politisch ist. Abgesehen von der Terrorbekämpfung, die wiederum Aufgabe der staatlichen Organe ist, wie verteidigen wir Bürger unsere gewohnte und geliebte westliche Lebensweise?

Nach Wahlen war es bislang üblich, dass die Partei mit der Mehrheit der Stimmen in Regierungsverantwortung kam. Nach den letzten Landtagswahlen in Ostdeutschland sehen wir, dass dem nicht mehr so ist, wenn die „falsche“ Partei Wahlen gewinnt. Das wird Brandmauer genannt.

Lebensgewohnheiten wie essen, wohnen, heizen, Auto fahren, mit dem Flugzeug fliegen – alles steht auf dem Prüfstand und muss gewissen politischen, sprich ideologischen Zielen untergeordnet werden. Neben den Bürgern leidet dabei auch die Wirtschaft, das Wachstum dümpelt um die rote Null, die Preise sind zum Teil erheblich gestiegen und in die Arbeitslosenzahlen werden in naher

Zukunft drastisch steigen. Der Hauptgeschäftsführer der DIHK zitiert die jüngste Prognose des Internationalen Währungsfonds, wonach Deutschland beim Wachstum unter den 41 fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf Platz 39 steht.⁹ Der sprichwörtliche Wohlstand der Deutschen verflüchtigt sich.

Mühsam über Jahrzehnte erworbene Frauenrechte, wie beispielsweise Frauensport, Frauenquote und Frauenschutzräume, stehen seit dem neuen Selbstbestimmungsgesetz zur Disposition. Meinungsfreiheit – das europäische Gesetz über digitale Dienste DSA (Digital Services Act) sorgt für die Überwachung des Internets und von der deutschen Regierung – Bundesnetzagentur – beauftragte nichtstaatliche Meldestellen, sogenannte Trusted Flagger¹⁰, setzen das Gesetz in Deutschland um. Rechtssicherheit? Sichere Renten? Sichere und zuverlässige Infrastruktur? Sichere Energieversorgung? Sicherheit im Gesundheitswesen? Da ließe sich noch einiges anführen ...

**Das Leben in
Deutschland hat
sich stark
verändert,
die Frage ist,
ob zum Besseren.**

In Alltagsgesprächen äußern sich viele Menschen kritisch diesbezüglich. Manche gehen zum ersten Mal im Leben für ihre Überzeugung auf die Straße – gegen Rechts oder gegen die Regierung, je nach Überzeugung. Rufe nach Neuwahlen werden lauter, wie auch die Aufforderungen nach Rücktritt verschiedener Politiker, denen Versagen oder Korruption vorgeworfen wird. [Aktuell, Mitte November, zerbricht die Ampel-Koalition und es werden Neuwahlen in Aussicht gestellt.] Neue Parteien wurden in jüngerer Vergan-

genheit gebildet, weil sich zeigte, dass die alten Parteien ihre Wähler offensichtlich nicht mehr zufrieden stellen. Nur alle vier Jahre ein Kreuz machen zu können und dann zuschauen zu müssen, wie die Gewählten machen, was sie wollen, ja sogar das Gegenteil von dem, was sie vor der Wahl versprochen, das kann nicht der tiefere Sinn von Demokratie sein.

Es gibt sie, die wehrhaften Demokraten, aber ihre Ziele und Wege sind unterschiedlich und ihnen werden von interessierter Seite Knüppel in den Weg geworfen. Die gegenwärtigen Probleme sind bekannt, wer es will, informiert sich umfassend. Wehrhaft sein im Alltag bei den großen und kleinen Themen, um die Errungenschaften der Vergangenheit nicht zu verlieren und eine Zukunft zu gestalten, die auch für unsere Kinder und Enkel noch lebenswert ist, das ist die momentane Herausforderung für überzeugte Demokraten. ■

1 https://x.com/M_Ostermann?ref_src=twsrc%5Egoogle%7Ct-wcamp%5Eserp%7Ctwgr%5Eauthor

2 <https://www.bild.de/politik/inland/asyl-rekordhoch-so-viele-fluechtlinge-wie-nie-in-deutschland-66ed13fc689a9427ad462379>

3 <https://www.ruhrnachrichten.de/regionales/duisburg-grosskontrolle-problem-hochhaus-behoerden-wohnungen-w953810-2001421403/>

4 <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2024/kw15-de-aktuelle-stunde-kriminalstatistik-997392>

5 <https://www.bild.de/news/inland/bka-papier-taeglich-25-sexualverbrechen-durch-fluechtlinge-anstieg-der-straftaten-6723afe44e36e154e49-d875f>

6 <https://www.recht.bund.de/bg-bl/1/2024/332/VO.html>

7 <https://www.gut-leben-in-deutschland.de/ueber-den-bericht>

8 <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/das-junge-politik-lexikon/321402/wehrhafte-demokratie/>

9 <https://www.dihk.de/de/aktuelles-und-presse/aktuelle-informationen/konjunktur-im-herbst-deutsche-wirtschaft-verliert-den-an-schluss-123242>

10 https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/20240927_DSC_Trusted-Flagger.html



Der SchMERZ geht weiter mit MERZ

VON HERBERT MAYER

■ Alle Zeichen stehen auf Neuwahlen. Eine dreijährige Leidenszeit geht zu Ende und nun droht dem dahinsiechenden Patienten Deutschland der rasche Tod durch den designierten Kanzler Merz. Oder was soll man erwarten von einem BlackRocker, der über Jahre seine Dienste einem der einflussreichsten Geldverwalter der Welt zur Verfügung gestellt hat? Und der nur darauf wartet, seinen Auftrag zur Demontage und Ausplünderung des Landes zu Ende bringen zu können. Die Globalisten und Finanzeliten scharren schon mit den Füßen. Das alles mutet wie ein Hütchenspiel an. Der Bürger zahlt den Einsatz, aber egal welchen Hut er lüftet, er geht immer leer aus.

Die 16 Jahre dauernde Merkel-CDU/CSU-Herrschaft ist zu einem großen Teil mitverantwortlich für das Desaster, in dem sich Deutschland derzeit befindet. Immer im Schulterschluss mit der SPD. Genau diese Koalition war am Ruder, als uns die Wirtschafts- und Bankenkrise 2008 viele Milliarden gekostet hat. Genau diese Koalition hat das Dilemma mit der Ukraine entscheidend mitgeprägt u. a. mit ihrer absoluten Vasallentreue zu

den USA und der NATO und dem Deal um die Minsk-II-Verträge. Und nicht zu vergessen, die Große Koalition hat eines der größten Staatsverbrechen eingeleitet, die Unterdrückung der Bevölkerung durch die erfundene Corona-Pandemie. Deren Ausmaß wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten noch viel drastischer zeigen als heute.

Der wirtschaftliche Niedergang wurde von Schwarz/Rot schon dadurch eingeleitet, weil in dieser verhängnisvollen Zeit auch der unverantwortliche Linksruck dieser Parteien ungeahnte Formen annahm, und durch die grüne Klimaagenda eine Energiewende eingeleitet und kritiklos von der Regierung übernommen wurde. Diese völlig falsche Ausrichtung, die Fokussierung auf E-Autos und die Abschaffung von Verbrennern, die Auslieferung unseres Gesundheitswesens an die EU und die WHO sowie die maßlosen Waffen- und Geldlieferungen an die Ukraine sind einige Ursachen des Niedergangs Deutschlands und der trüben Zukunftsaussichten. Die zügellos überbordende Migrationswelle seit 2015, mit dem verheerenden Satz „Wir schaffen das“, kam zu allen Schwierigkeiten dazu und wer heute behauptet, „wir

schaffen das nicht“, wird zum Nazi und Rassisten erklärt.

Nach dieser Koalition traten Politiker in ein Ampelbündnis ein, die auf allen Schlüsselpositionen eine Fehlbesetzung waren, und nicht nur die schreckliche Corona-Agenda fortsetzten, sondern sie sogar noch verschärften. Wirtschaftlich steht das Land am Abgrund, gesundheitspolitisch sind wir heruntergewirtschaftet und gesellschaftlich hat diese Ampel das Vertrauen bis in die Grundfesten erschüttert und die Menschen gespalten. Die Verarmung der Bürger schreitet fort, der Mittelstand und die Bauern werden durch Bürokraten noch weiter gepiesackt bis zur endgültigen Aufgabe, Demokratie war einmal, Pressefreiheit abgeschafft, Justiz ein Sanierungsfall, Menschenrechte ausgesetzt. Freiheit und Menschenwürde haben in diesem Land keinen Stellenwert mehr. Politisch motivierte Prozesse sind an der Tagesordnung, keine Bereitschaft zur Aufarbeitung der Coronamaßnahmen, die Weigerung, Nord Stream 2 aufzuklären und ein gesteigertes Interesse, Krieg mit Russland zu führen. Bei gleichzeitigem beschämendem Schweigen zu Israel und Gaza, einem Krieg, der von der israeli-

scher Regierung und mit deutlichen Waffen geführt wird. Und alle Entscheidungen wurden von der CDU/CSU nicht nur mitgetragen, sondern tatkräftig unterstützt. Die CDU/CSU füllte nicht die Rolle einer Oppositionspartei aus, sondern stellte sich bei allen Vorhaben der Regierungskoalition auf deren Seite und gegen die Bürger, gegen die Menschlichkeit und gegen das Miteinander im Land. Selbst die heimliche „Machtübernahme“ der WHO wurde aktiv unterstützt.

Ein neuer Reiter für das lahrende Pferd

Nun kommt es vermutlich zum Politikwechsel. Doch was heißt hier Wechsel. Es werden die Farben ausgetauscht, nicht die Politik gewechselt. Die CDU/CSU wird dafür „belohnt“, dass seit 20 Jahren das Land mit ihrer tatkräftigen Unterstützung an die Wand gefahren wird. Und die SPD kann weiter am Abriss der Deutschland-Ruine mitbaggern. Denn sie wird auch künftig „gebraucht“, um eine Mehrheit zu finden. Und in Wartestellung stehen dann immer noch die Grünen als Taktgeber einer umweltfeindlichen Klima-Ideologie. Und neuerdings auch das Bündnis Sahra Wagenknecht, das einzig und allein installiert wurde, um die unentschlossenen Stimmen aus dem rechten Lager abzusaugen. Denn die AfD muss ja verhindert werden. Ein zusätzlicher Punkt, der die bisherige demokratiefeindliche Politik des Alt-Parteienkartells kennzeichnete.

Das heißt im Klartext, weiter so mit der erfolglosen Politik, nur ab jetzt unter anderer Flagge, noch schneller auf den Abgrund zu. Die Ampel wird noch versuchen, das eine oder andere lukrative Pöstchen an linientreue Parteigenossen zu verteilen. Und die neue Regierung wird zusätzliche Stellen schaffen, um sich für die nächsten vier Jahre die Macht zu sichern. Merz hat bereits im Vorfeld bestätigt, den Kurs so fortsetzen zu wollen: Weiterhin Klimafanatismus, weiter festhalten an der zweifelhaften Energiewende, weiterhin die Schwächung des Mittel-

standes betreiben, weiterhin intensive Kriegsvorbereitungen im Auftrag von NATO und USA (was auf dasselbe hinausläuft), weiterhin Digitalisierung und Globalisierung auf Teufel komm raus, weiterhin Unterdrückung und noch mehr Kontrolle der Menschen, weiterhin Einschränkung von Pressefreiheit und Justiz, und weiterhin politische Verfolgung von Andersdenkenden.

Und nun ist wieder einmal der Wähler gefragt. Man muss kein Prophet sein, um vorherzusehen, wie diese Wahl ausgehen wird. Wollen wir das wirklich? Wollen wir den Schrecken ohne Ende oder lieber ein Ende mit Schrecken? Wollen wir weiter ein derart perfides Politikgeschacher der Parteien? Einen Jahrmarkt der Eitelkeiten? Wollen wir weiterhin steigende Preise, steigende Versicherungsbeiträge, mehr Geld ausgeben für weniger Gesundheit? Milliarden an die Rüstungs- und Pharmaindustrie? Mehr Arbeitslosigkeit, mehr Flüchtlinge, mehr Ausgaben für das Klimagrab? Weiterhin Angstszenarien um Pandemien und Krieg? Und wenn das alles nicht mehr bezahlbar sein wird, haben wir ja immer noch das Lastenausgleichsgesetz. Ein Vermögensregister wird derzeit von der EU aufgebaut. Warum wohl? Für Deutschland reicht nicht nur ein Tapetenwechsel, Deutschland braucht eine Grundsanierung. Das ist mit den bisherigen Politikern nicht möglich. Doch Friedrich Merz tritt nicht an, das Land neu zu gestalten, er wird für den Komplettabriss sorgen. Dann stellen sich viele Probleme ohnehin nicht mehr.

Wenn wir als Wähler weiterhin übergangen werden und zu drängenden Fragen nicht gehört werden wollen, können wir uns die Wahl sparen. Wenn wir uns nicht zu einer Basisdemokratie bekennen, werden wir weiter für dumm verkauft. Wenn die Wähler die Chance wieder verpassen und den Hebel diesmal nicht umlegen, dann können wir unseren Kindern wirklich nur noch viel Glück wünschen. Sie werden es brauchen. ■



Abbildung: Pixabay

Die Qual der Wahl

■ Alle haben auf das Ende der Ampel gewartet. Mit Recht werden jetzt zügig Neuwahlen gefordert, um einen Missbrauch der Noch-Regierung zu verhindern, die schon angekündigt hat, ein ganzes Gesetzespaket im Schnellverfahren noch durchzupeitschen.

Aber bei allem Verständnis, sollte man Eines bedenken: Was bedeuten diese vorgezogenen Wahlen im Februar, oder sogar im Januar, wie vereinzelt gefordert? Die Befürchtung, wir hätten nicht genügend Papier dafür, ist natürlich Humbug. Doch was ist mit den Kleinparteien, die zwar üblicherweise unter „Sonstige“ laufen, aber immerhin zwischen sechs bis zehn Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können? Für diese Parteien existieren beträchtliche Hürden, die sie bei jeder Wahl überwinden müssen, um zugelassen zu werden. Z. B. müssen Unterstützerunterschriften in nicht unerheblicher Menge gesammelt und deren Korrektheit von den Behörden bestätigt werden, bevor sie 69 Tage (!) vor der Wahl für die Zulassung eingereicht werden können. Man beachte: Nach der Auflösung des Bundestags müssen innerhalb von 60 Tagen (!) Neuwahlen stattfinden. Der Widerspruch ist offensichtlich und muss wohl nicht erläutert werden. Und mit demokratischen Wahlen hat das nichts mehr zu tun. Die großen Parteien bleiben unter sich und kleinere Gruppierungen sind außen vor.

Schon heute zeichnet sich eine Klageflut beim Bundesverfassungsgericht gegen dieses Vorhaben ab und es ist nicht auszuschließen, dass diese Wahl für ungültig erklärt wird. Dann heißt es in sechs Monaten: auf ein Neues. Das würde wohl keiner wollen. | HM ■



Kommentar zum Ausgang der US-Wahlen (geschrieben am 7.11.2024, the day after)

VON VOLKER FREYSTEDT

And the loser is ...

... selbstredend zuvorderst Kamala Harris und ihre Democrats.

Dann natürlich auch ihre Wähler – wobei darunter auch viele sein könnten, die in naher Zukunft feststellen, dass ihr Leben eigentlich eine Wende zum Besseren erfahren hat.

Ganz sicher zu den Verlierern gehören die Mainstream-Medien und die von ihnen hofierten Politikexperten, die bis zur letzten Minute die Öffentlichkeit glauben machen wollten, Harris würde gewinnen, oder es würde zumindest ein enges Kopf-an-Kopf-Rennen geben, dessen Ergebnis erst nach Tagen feststehe. Wobei sicher die Hoffnung mitschwang, ein wenig nachhelfen zu können auf den letzten Metern, wie es vor vier Jahren ja so grandios gelungen war.

Doch dann vergrößerte sich der Vorsprung von Trump bereits so weit vor dem Ziel, dass eine Manipulation des Zielfotos jenseits jeder Debatte war.

Für wen Harris' Niederlage sogar eine existenzielle Bedrohung darstellen dürfte, sind viele der

„Berühmtheiten“, die sie in ihrem Wahlkampf lautstark auf der Bühne unterstützt haben – und die sich auf den Klientenlisten von Jeffrey Epstein und P. Diddy Combs wiederfinden könnten, deren Offenlegung Trump im Falle seines Wahlsieges angekündigt hatte. Wäre interessant zu beobachten, wie viele Privatyachten und -flieger aktuell das Territorium der USA verlassen ...

Mit der anderen angedrohten Offenlegung, der Freigabe der Unterlagen über die John F. Kennedy-Ermordung, könnte es einen weiteren Verlierer geben: die CIA, der von vielen vorgeworfen wird, ein Eigenleben als „Staat im Staate“ zu führen – nicht einmal der jeweilige Präsident wisse über deren Aktivitäten Bescheid.

Eine weitere 3-Buchstaben-Institution, die mit JFK Probleme hätte bekommen können, welche ihr durch seinen Tod erspart blieben, ist die FED. Der Abgeordnete Ron Paul würde Trump gerne unterstützen bei der Abschaffung dieses Clubs, der 1913 von einer

Gruppe privater Bankiers gegründet wurde, in der Öffentlichkeit aber häufig als staatliche Zentralbank wahrgenommen wird.

Und natürlich gibt es mächtige Konzerne, die befürchten müssen, künftig Gegenwind zu spüren: Rüstung (keine Waffen für die Ukraine), Banken (grünes Licht für Bitcoin), und vor allem die Nahrungsmittelindustrie sowie Big Pharma – wenn das Projekt „Make America Healthy Again“ Fahrt aufnimmt, mit Robert F. Kennedy Jr. an der Spitze (in UNZENSIERT Nr. 41 berichteten wir darüber).

Wechseln wir die Perspektive und fragen: Wer hat gewonnen?

Trump und die Republikaner und damit die Bürger, die stärker konservativ orientiert sind. Die weniger Ideologien (Gender, Klima, Multikulti) wollen, sondern eine Politik, die sich in ihrem Alltag positiv niederschlägt. Also: Keine Kriege, sichere Arbeitsplätze, sichere Wohngegenden.

Kontrollierte Einwanderung, mehr Geld für Polizei statt für Antifa.

Und noch einen Gewinner gibt es: Die freien Medien! Elon Musk hatte sich auf die Seite Trumps geschlagen, weil unter Harris sein Kanal „X“ abgeschaltet worden wäre. Und viele andere Portale ebenso.

Dass Musk ein sehr erfolgreicher und innovativer Geschäftsmann ist, bezweifelt niemand. Womit er erfolgreich ist, ist sicherlich mit einer gewissen Skepsis zu betrachten. Aber dass Trump angekündigt hat, ihn mit einer radikalen Eindämmung des staatlichen Behördenapparates zu betrauen, dürfte auch dort für Zittern vor Musks Effektivität führen.

Natürlich weiß jeder, dass zwischen Wahlversprechen und Umsetzung ein großer Unterschied besteht. Doch anders als in Europa, wo in Koalitionen jede Partei Abstriche hinnehmen muss, kann Trump mit seinen Mehrheiten in Kongress und Senat seine Vorhaben ziemlich leicht umsetzen. Mit

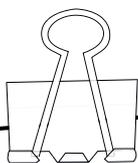
dem Vorbehalt: Wer hat ihm zu seinem Sieg verholfen, wem ist er verpflichtet? Oder anders: Wer zieht auch bei ihm die Strippen, wie bei jeder Regierung?

Trump weiß genau, dass er sein Leben riskiert, wenn er drastische Änderungen durchzieht und damit Mächtigen auf die Füße tritt.

Zum Schluss noch ein Blick auf bemerkenswerte Unterschiede zwischen den beiden Kontrahenten Trump/Harris und ihren Parteien: Robert F. Kennedy Jr. aus dem Ur-Demokratischen Kennedy-Clan sagte, nicht er habe die Demokraten verlassen, sondern diese die Werte, für die er steht.

Ein Kenner der US-Amerikaner meinte: „Republikaner nehmen Trump ernst, aber nicht wörtlich – Demokraten nehmen ihn wörtlich, aber dummerweise nicht ernst.“

Und ein Internet-Kommentar zog das trockene Fazit: „Männer mit Eiern wählten Trump, Frauen mit Eiern wählten Harris.“ ■



EINWURF

VON HEINZ MORHARD

Mich wundert es nicht, dass die Ostdeutschen frustriert sind und am meisten AfD und BSW wählen! Sie erleben zum zweiten Mal, wie die Wirtschaft kaputt gemacht wird. Und das nur aus rein ideologischen Gründen – gegen jede Logik. Wir im Westen sind so abgehoben, dass wir uns noch was darauf einbilden, dass es „dem Putin ganz recht geschieht, wenn wir wirtschaftlich zugrunde gehen!“ Oder bilden wir uns tatsächlich ein, dass durch Waffenproduktion, Waffenlieferung, Waffenverkäufe der Verlust der übrigen Wirtschaft ausgeglichen werden kann?



Unsere repräsentative Demokratie hat Defizite. Manchmal werden Schwachstellen ganz unvermittelt sichtbar. Wie können wir eine bessere Demokratie gestalten? Gedankensplitter zur Basisdemokratie.

Basisgedanken

Kein Vorwurf

Aus dem Telegram-Kanal von Rechtsanwalt RALF LUDWIG

Wer jetzt nach Thüringen schaut, erlebt ein altbekanntes und erwartbares Schauspiel. Menschen, die sich um ein politisches Amt beworben haben, ringen um Macht. Es werden Vorwürfe mal laut, mal leise geäußert. Schuldfragen hin und her geworfen. Die Beteiligten stehen vor den Trümmern ihrer eigenen Wünsche.

Quelle: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus254248250/BSW-Thueringen-Offener-Machtkampf-in-der-Wagenknecht-Partei.html>

Sind es deswegen schlechte Menschen? Sind es gar Lügner, „Wahlbetrüger“? Ich meine nein. Es sind Menschen, die sich in einer Struktur bewegen, die wir alle akzeptieren und aufrechterhalten. Entscheidungen, die getroffen werden, und mehr Menschen als sich selbst betreffen, sind immer mit einer Machtfrage verknüpft. Selbst wenn zwei Menschen sich für einen Kinofilm entscheiden, ist diese Entscheidung nicht zwingend frei von offener oder verdeckter Macht.

In der aktuellen politischen Struktur werden politische Entscheidungen durch parlamentarische Mehrheiten getroffen und durch die Regierungen umgesetzt. Der ehemalige SPD-Vorsitzende Franz Müntefering brachte es auf den Punkt: „Opposition ist scheiße.“

Alle, die etwas gestalten wollen, müssen in unserer Struktur also auf parlamentarische Mehrhei-

ten spielen. Was Katja Wolf [BSW] in Thüringen macht, wird Sahra Wagenknecht in Berlin nicht anders tun. Der einzige Unterschied besteht darin, dass Wagenknecht (noch) nicht die Optionen von Wolf hat. Wir können uns jetzt über die Protagonisten empören, oder wir können die Regeln für die Party ändern.

Solange die Bevölkerung nur das Parlament wählt, muss sich nur die Hälfte der Parlamentarier plus eins auf irgendwelche Punkte einigen. Das ist weder repräsentativ noch demokratisch. Aber eine solche Struktur erzeugt in den Politikern die Art von Machtinteressen, die wir seit Jahrzehnten „bewundern“. In Krisenzeiten wird es nur offensichtlicher.

Wollen wir andere Politiker und wollen wir andere Politik, müssen wir Strukturen schaffen, in den wir als Menschen Macht über die Einzelfragen haben.

Mein Appell ist:

Richten wir unsere Energie auf die Machtfrage. Analysieren wir einerseits, wie Entscheidungen heute getroffen werden, formulieren wir eine Vision, wie es eigentlich sein sollte und machen wir uns dann – alle gemeinsam – auf den Weg, diese Vision umzusetzen.

Wer ist dabei?

Jetzt eintragen in die Unterstützerliste und Teil des Demokratie-Teams werden.

<https://www.zaavv.com/de-de/demokratie-tour#dokumente-volksinitiativen>

Hier kann man Fördermitglied des ZAAVV werden:

<https://zaavv.com/de-de/foederverein>

Hier kann man dem ZAAVV Spenden: <https://zaavv.com/de-de/spenden>

Parteien entmachten!

Warum Parteien ein Hindernis für die Demokratie sind



Illustration: Mohamed Hassan/Pixabay

VON HERBERT MAYER

■ In diesen Zeiten werden wir so häufig wie nie zuvor mit dem Begriff „Demokratie“ konfrontiert. Und nie war die Definition so konfliktbeladen wie heute. Was Demokratie bedeutet, glaubt, wenn man so in die Runde fragt, doch jeder zu wissen. Und Wikipedia schreibt (in Kurzform): „Demokratie ist ein Begriff für Formen der Herrschaftsorganisation auf der Grundlage der Partizipation bzw. Teilhabe **aller** an der politischen Willensbildung.“

Demokratie als Herrschaftsorganisation? Da stellen sich sofort die Fragen: 1. Ist Demokratie wirklich eine „Herrschaftsorganisation“? 2. Welches sind die Grundlagen der Partizipation? Zu Frage 1: Ja, die Herrschenden organisieren sich im Parteienkartell. Und zu

Frage 2: Sie lassen alle Andersdenkenden ihre Vorstellung von Partizipation spüren, nicht selten mit Gewalt.

Das Thema Demokratie ist Inhalt vieler wissenschaftlicher Analysen und unzählige Autoren haben sich darüber die Finger wund geschrieben. Ganz trivial betrachtet ist doch nur interessant, wie sich Demokratie anfühlt, das Leben beeinflusst. Oder platt gefragt: Was hat der Mensch von einer Demokratie im Gegensatz z. B. zu einer Diktatur oder Monarchie? (Nebenbei muss die Frage erlaubt sein, ob die Menschen jemals eine Demokratie hatten und selbst bei den Griechen war diese

„Herrschaftsform“ eher ein Papiertiger). Ein Skeptiker hat einmal die Auffassung vertreten, dass die Monarchie für ein Land die beste Regierungsform sei, denn ein Monarch und in Ausnahmen vielleicht auch ein Diktator, seien in der Regel sehr daran interessiert, „ihr“ Land in Schuss zu halten, und die Werte zu verteidigen oder sogar zu steigern.

Und was geschieht in einer Demokratie wie der unseren? Das Land darf ungestraft geplündert und die Gesellschaft gespalten werden. (Von innen und von außen!) An dieser Stelle sei noch einmal der Kabarettist Erwin Pelzig zitiert: „In der Diktatur wirst Du unterdrückt. In der Demokratie kannst Du wählen, wer Dich unterdrückt.“ Ist es also egal, welche Staatsform „herrscht“? Für die in großen Teilen lethargische und politisch teilnahmslose Bevölkerung scheint es keine wesentliche Rolle zu spielen, obwohl in unserer so hochgelobten westlichen Wertegemeinschaft Indikatoren einer funktionierenden Demokratie wie Meinungs- und Pressefreiheit im Wesentlichen abgeschafft wurden und Zensur an der Tagesordnung ist.

Immer wieder taucht die Frage auf: Ist unsere Demokratie noch intakt? Und befragt man dazu unsere Regierungsvertreter oder den höchsten Repräsentanten

des Landes, dann bekommt man meistens die gleichen Antworten: Natürlich ist unsere Demokratie intakt, aber ... und jetzt kommt es, immer ist die Demokratie in Gefahr durch andere. Es sind die bösen Kräfte, die unsere Demokratie gefährden und – selbstredend – ist es die Regierung, die sich zum großen Verteidiger unserer demokratischen Werte und Grundordnung berufen fühlt und die aufrechten Bürger sind aufgefordert, es ihr gleich zu tun. Selbstverständlich gelten alle anderen – die Kritiker, die Mahner, die Skeptiker – nicht als Demokraten. Demokratie ist zum Machtmonopol geworden, denn es gibt nur eine Definition.

Aber was ist Demokratie wert, wenn die Teilhabe an der politischen Willensbildung entzogen wurde? Wenn z. B. demokratisch gewählte Parteien oder kritische Geister vom Demokratieprozess systematisch ausgeschlossen werden? Was ist Demokratie wert, wenn einige wenige bestimmen, wie das Land regiert werden soll, wenn die Verfassung von den Regierenden nach Gutdünken ausgelegt werden darf, wenn die Regierenden festlegen, wie die Gerichte zu urteilen und die Medien zu berichten haben? Weit über 700 Menschen sitzen im Bundestag und spielen Demokratie. Und in Wirklichkeit bestimmen einige wenige und ihr Gefolge. Und die Partizipation des Volkes findet dergestalt statt, dass einmal alle vier Jahre eine zweifelhafte Informationskampagne, die sich Wahlkampf nennt, die Menschen über das informiert, was nach der Wahl keine Rolle mehr spielt.

Was ist Basisdemokratie?

Sind die Schweizer bessere Demokraten, weil sie ein größeres Mitbestimmungsrecht haben? Basisdemokratie bedeutet, dass es fundamentale Entscheidungen gibt, zu denen das Volk befragt werden **muss**! Die Schweiz hat hier ganz grundsätzlich eine längere Tradition und die Menschen werden – zumindest auf den ersten Blick – nicht so drastisch hintergangen. Wenngleich auch hier

der Einfluss von Propaganda, Lobbyismus und Korruption eine gewichtige Rolle spielt. Corona hat auch im Vorzeigeland der Basisdemokratie Schwächen sichtbar werden lassen. Doch Basisdemokratie auf unser Land bezogen, würde eine fundamentale Systemänderung voraussetzen. Das erste und wohl größte Hindernis bilden hier die Parteien selbst und die Wahllisten, über die gewählt wird. Ihr Machteinfluss muss komplett beschnitten werden. Und mit komplett ist auch komplett gemeint. Parteien dürfen wie andere Vereine existieren, Mitglieder werben und Beiträge einsammeln. **Aber sie dürfen keine Macht haben!** Es existiert in Deutschland nur eine Partei/Bewegung, die an der Abschaffung dieses Parteienklüngels arbeitet und das ist die „Partei“ die **Basis**, die zwar als Partei firmiert, aber alle Merkmale einer Partei im klassischen Sinn vermissen lässt. So tritt sie für eine parteiunabhängige Persönlichkeitswahl ebenso ein, wie für eine strikte Machtbegrenzung und eine Politikerhaftung bei eklatanten Fehlentscheidungen. Attribute, die diese „Partei“ in Deutschland einmalig macht.

Ein Vorschlag für eine systematische Veränderung ist z. B. eine Reduzierung des Bundestages auf

weniger als die Hälfte aller Abgeordneten, stattdessen müssten sechs oder sieben fachbezogene „kleine Parlamente“ installiert werden, die ausschließlich mit Fachleuten ihres Ressors besetzt sind und die nicht heute über Verkehrsprobleme abzustimmen hätten und morgen über das Gesundheitswesen. Diese Spezialisten müssen **persönlich gewählt** und ihre Vorschläge zur **Volksabstimmung** vorgelegt werden. Heute haben wir es mit über 700 Abgeordneten zu tun, die in der Regel von nichts eine Ahnung, zumindest nur auf wenigen Gebieten ein fundiertes Wissen vorzuweisen haben, die aber über alle anstehenden Probleme mit be- und abstimmen. Natürlich im Sinne ihrer Parteiobere. (Siehe auch: Volker Freystedt in der UNZENSIERT Nr. 19/Dezember 2022, Nr. 20/Januar 2023 und Nr. 31/Dezember 2023).

Diese Fachparlamente müssten auf Bundesebene, wie auf Länder- oder Kreisebene ihre Arbeit aufnehmen und die Systematik muss bis in die kleinsten Einheiten der Gesellschaft, sprich die Städte und Gemeinden, reichen. Leider wurde auch die sich dafür anbietende Bezeichnung „Bürgerrat“ von der Regierung bereits okkupiert und missbraucht, denn sogenannte Bürgerräte werden

von den „Herrschenden“ bereits für ihre Zwecke installiert und finanziert. Die Protagonisten der Regierung kaperten diesen Begriff, um ihn sich für ihre eigenen Interessen einzuverleiben und in Stellung zu bringen. Bürgerräte oder wie immer man sie nennen möchte, müssen unabhängig, staats- und regierungsfern und ohne jeglichen Parteieinfluss arbeiten können und dürfen an keiner Leine geführt werden. Weder ideell noch finanziell.

Wie weit wir davon entfernt sind, einen solchen Systemwechsel zu realisieren, zeigen immer wieder die Wahlen. Trotz aller Missstände, trotz des wirtschaftlichen wie gesellschaftlichen Niedergangs im Land, wählen die Menschen das „weiter so“. Wenn sich dann einmal Tendenzen zeigen, diese Entwicklung zu stoppen, so sind es stets die angeblichen Verteidiger einer wehrhaften Demokratie, die das zu verhindern wissen. Und während beim Klima immer deutlicher wird, dass man das Klima vor denen beschützen muss, die immer vorgeben, das Klima zu schützen, könnte man dasselbe für die Demokratie fordern: Verteidigen wir die Demokratie vor denen, die immer behaupten, die Demokratie zu verteidigen. ■

„Ich war naiv, weil ich an das Gesetz geglaubt habe.“



Auszug aus der Rede von Julian Assange vor dem Europarat in Straßburg am 1. Oktober 2024

„Ich war naiv, weil ich an das Gesetz geglaubt habe. Aber wenn es hart auf hart kommt, sind Gesetze nichts weiter als ein Stück Papier, das je nach politischer Zweckmäßigkeit uminterpretiert werden kann. Sie sind die Regeln, die von der herrschenden Elite aufgestellt werden, und wenn diese Regeln nicht zu dem passen, was sie tun will, werden sie neu interpretiert oder, was deutlicher ist, idealerweise geändert. Ich habe 14 Jahre durch Hausarrest, Botschaftsbelagerung und Hochsicherheitsgefängnis verloren. Ich denke, das ist eine wichtige Lektion: Wenn eine große Machtgruppe das Gesetz neu auslegen will, kann sie darauf drängen, dass das Staatsorgan, in diesem Fall das US-Justizministerium, dies tut. Und es schert sie nicht allzu sehr, was legal ist.“

Seine Rede beendete er mit dem Appell:

„Wir müssen alle zusammenhalten, um die Sache durchzustehen. Wird ein Journalist irgendwo zensiert, verbreitet sich dadurch die Zensur, die sich dann auf uns alle auswirken kann. [...] Journalisten müssen Aktivisten für die Wahrheit sein. [...] Wenn einer von uns fällt, werden die Risse bald breiter werden und den Rest von uns zu Fall bringen. [...] Kämpfen wir weiter.“

Das digitale Dilemma



Abbildung: Diego Rios/Pixabay

**Wie im Fall der
Negativfolgen von Coronamaßnahmen
wird auch bei den Forschungen über Strahlenschäden
durch Mobilfunk für den Profit vertuscht und manipuliert.**

■ *Was Menschen gesundheitlichen Schaden zufügt, sollte sorgfältig aufgedeckt werden, damit der unhaltbare Ist-Zustand beendet werden kann. In der Regel geschieht dies auch durch die Behörden und mit ihnen zusammenarbeitende Wissenschaftler. Anders ist es, wenn viel Geld im Spiel ist. Dann erscheinen Vorgänge, die sonst skandalisiert würden, plötzlich in einem rosigen Licht. „Es gibt kein Problem. Wer etwas anderes behauptet, ist ein Verschwörungstheoretiker.“ Dieses Argumentationsschema könnte vielen bekannt vorkommen. Schäden durch Mobilfunkstrahlen gehören zu jenen Phänomenen, die es nicht zu geben scheint, weil es sie nicht geben darf. Der Autor versucht, der Wahrheit auf die Spur zu kommen, und rechnet auch mit den Strategien ihrer Vertuschung ab.*

VON KLAUS SCHEIDSTEGER

Als im Frühjahr 2020 die Coronamaßnahmen verordnet und Proteste dagegen zunehmend als Verschwörungstheorien abgetan

wurden, rief mich eine politische Aktivistin aus Salzburg an und bemerkte: „Das läuft doch genau wie bei uns, achte mal drauf!“ „Wie bei uns“ – damit meinte sie die kritische Mobilfunkszene, in der sie einst aktiv im Widerstand gearbeitet und mittlerweile, frustriert ob der scheinbaren Sinnlosigkeit ihres Engagements, die Segel gestreckt hatte.

In der Tat macht die Politik im Verein mit Industrie und Medien auch beim Mobilfunk-Thema, was sie will, setzt frei nach dem saloppen FDP-Wahlspruch „Digital first, Bedenken second!“ eine offenkundig gesundheitsgefährdende Richtung durch. Und pfeift auf den Verbraucherschutz.

„Unser Robert Koch-Institut (RKI)“ ist das BfS, das Bundesamt für Strahlenschutz, das getreu seinem Namen die Strahlen, aber offensichtlich eben nicht den Verbraucher schützt. Wiewohl das BfS dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und eben Verbraucherschutz unterliegt. Mit dem Hauptdienstszitz in Salzgitter unterhält das Amt

Büros an weiteren sechs Standorten in Deutschland.

Unter einem, natürlich vom Steuerzahler finanzierten, Dach in München-Neuherberg sitzt mit der Internationalen Strahlenschutz Kommission, kurz ICNIRP (International Commission of Non-Ionising Radiation Protection), ein als Schutzbehörde getarnter privater Lobbyverein. Ein Planungsstab für Propaganda und Beeinflussung, deren Mitglieder sich durch Industrienähe, also durch einen Interessenkonflikt, qualifiziert haben. Bereits vor knapp dreißig Jahren war es die ICNIRP, die auf Basis möglicher thermischer Einflüsse die Grenzwerte festlegte, zu internationalen Studien Bewertungen vornahm und dabei auffällig industriehörig operierte.

„Handys: kein erhöhtes Krebsrisiko“, so ging eine Meldung um die Welt und wurde für die deutschsprachigen Ländern am 6. September 2024 von der dpa breit gestreut. Eine Metastudie im Auftrag der Weltgesundheitsorganisation (WHO), ausgeführt vom australischen ICNIRP-Vizevorsitzenden Ken Karipidis und seinem Team, zu dem auch der neugewählte deutsche ICNIRP-Wissenschaftssekretär Dan Baaken zählt. Dieser ist gleichzeitig Wissenschaftsreferent beim BfS ...!

Die peinlichen Seilschaften der Schutzbehörden begannen ebenfalls mit einem australischen Mobilfunkforscher. Dr. Michael Repacholi war 1992 der erste ICNIRP-Vorsitzende und wurde später, 1996, bei der WHO als Vorsitzender des sogenannten EMF-Projekts (EMF, elektromagnetische Felder) tätig. Er flog 2006 endgültig als Industrie-finanzierter Lobbyist auf, hatte aber unter dem Deckmantel der WHO ganze Arbeit als „Mister No Problem“ geleistet.

Obwohl er selbst einst in Tierversuchen ein mögliches Krebsrisiko erforscht hatte, bestritt er, sehr zum Leidwesen vieler Mobilfunkkritiker, die eigenen Ergebnisse; er könne es sich nicht erklä-

ren, wie diese Ergebnisse zustande gekommen seien:

„Wir haben es immer wieder überprüft, um herauszufinden, was wir falsch gemacht haben, und wir wissen es immer noch nicht ...“

Vielleicht kann ein norwegisches Team – Else Nordhagen und Einar Flydal – Herrn Repacholi weiterhelfen. Deren Studie (2024) ist bisher nur Insidern bekannt. Beruht die Vernachlässigung der Gefahren durch hochfrequente elektromagnetische Felder (HF-EMF-Exposition) auf fehlerhaften EHC-Bewertungen (EHC = Environmental Health Criteria, umweltbezogene öffentliche Gesundheit)? Die Fallstudie zeigt, wie aus Daten, die Gefahren anzeigen, die Schlussfolgerung „Keine Gefahren“ gezogen wird.²

Die Autoren schreiben:

*„In der angesehenen wissenschaftlichen Publikation *Reviews on Environmental Health* haben wir eine gründliche und detaillierte Kritik der Qualität, Gültigkeit und Schlussfolgerung des ersten Teils einer Reihe systematischer Überprüfungen der aktuellen Forschungsliteratur zu Strahlung durch drahtlose Technologie und Gesundheit veröffentlicht. Dies geschieht im Rahmen der Initiative *‘The Environmental Health Criteria’ (EHC) der Weltgesundheitsorganisation (WHO, Environmental Health Criteria Nr. 137³)*.“*

Mit diesen Übersichten soll die Forschung zu menschengemachter hochfrequenter elektromagnetischer Strahlung bewertet werden, das heißt aus Quellen wie Mobiltelefonen, WLAN, drahtlosen Ohrstöpseln und so weiter. Ziel ist es, festzustellen, ob die Forschung Hinweise auf gesundheitsschädliche Auswirkungen liefern kann oder nicht. Die EHC-Initiative ist für die gesamte Weltbevölkerung von großer Bedeutung, da sie die Grundlage für die Entwicklung weiterer Standards für den Einsatz drahtloser Technologie bilden wird.

Entsprechend sorgfältig haben sich die Autoren mit dem Zahlenmaterial und den Arbeitsmethoden der Studien vertraut gemacht. Und haben, wir können es schon ahnen, erhebliche Fehler in der Methodik wie auch beim Abrufen der Daten aus den Quellen sowie generelle Fehler entdeckt. Sie sprechen von „großer Unsicherheit im numerischen Material, sodass keine Schlussfolgerung gezogen werden kann“! Doch die vielen tatsächlichen Fehler scheinen bewusst gemacht worden zu sein, denn alle tragen dazu bei, die Unsicherheit hinsichtlich der Schadenswahrscheinlichkeit zu erhöhen.

Damit unterstützen sie die Schlussfolgerung, dass „keine Schlussfolgerung gezogen werden kann“, **was ein klassisches Argument dafür ist, eine Regulierung zu vermeiden und den Forschern gleichzeitig die Fortsetzung ihrer Forschung zu ermöglichen.**

Dann haben sie die gleichen Daten wie in der Rezension verwendet, die Fehler jedoch korrigiert. Und herausgefunden, dass die entsprechenden Studien das genaue Gegenteil der Schlussfolgerung zeigen: Die Daten liefern zum Beispiel solide Gründe für die Behauptung, dass Tiermütter und ihre Föten Schaden erleiden, wenn sie einer Strahlung ausgesetzt sind, die der Strahlung entspricht, der Menschen täglich ausgesetzt sind.

Die Kehrseite und die vielen Fehler entziehen somit der Schlussfolgerung ihre Legitimität und Glaubwürdigkeit, selbst wenn sie auf den Prämissen der thermischen Tradition beurteilt wird. Die Autoren fordern:

„Die Literaturrecherche sollte daher zurückgezogen werden. Und da alle Protokolle der EHC-Initiative koordiniert sind, weisen alle entsprechende Aspekte auf und werden daher fehlerhafte Ergebnisse liefern. Dies sollte weitreichende Konsequenzen für den gesamten EHC-Prozess der WHO zur Bewertung von Gesundheitsschäden durch drahtlose Technologie haben.“

In die gleiche Kerbe schlug der Vorsitzende der Russischen Strahlenschutzbehörde, ein äußerst erfahrener Mobilfunkforscher seit über dreißig Jahren und selbst Mitglied der WHO-Krebsagentur IARC, Dr. Oleg Grigoriev.

Der Vorsitzende greift die von der WHO in Auftrag gegebene Studie an, die keinen Zusammenhang zwischen Mobiltelefonen und Krebs herstellt. Dabei führt er am 11. September 2024 aus:

„Eine Gruppe wenig bekannter Wissenschaftler hat die Verantwortung für alle Krebsfälle übernommen, die mit der Exposition gegenüber hochfrequenten elektromagnetischen Feldern in Verbindung gebracht werden. Diese Wissenschaftler kamen zu diesem Schluss auf der Grundlage einer Analyse von Artikeln anderer Autoren, die nach einer nicht von ihnen entwickelten Methodik und anhand von Analysekriterien ausgewählt wurden, die sie ebenfalls nicht selbst entwickelt haben.“

Aus einem unbekanntem Grund sprechen diese Wissenschaftler im Namen der WHO, deren Mitarbeiter schweigen, und haben im Prinzip nicht die Autorität und Kompetenz, solche Schlussfolgerungen zu ziehen. Wie allgemein bekannt ist, gibt es in der Wissenschaft keine kategorischen Urteile ...⁴“

Die gängige Presse berichtet diese Zusammenhänge leider nicht.

Und in der Tat sind viele Mobilfunkforscher zunehmend besorgt. Eine im Frankenland, nahe Würzburg durchgeführte Mobilfunkstudie sorgt nach ihrer Veröffentlichung am 31. Mai 2024 in einem renommierten wissenschaftlichen Fachjournal in Fachkreisen zumindest für große Aufregung. Dabei ging es um den wissenschaftlichen Nachweis, ob die Einwohner, die in unmittelbarer Nähe zu einer Mobilfunksendeanlage wohnen, einer höheren Gesundheitsgefährdung ausgesetzt sind als diejenigen, die in einigem Abstand zum Sender leben.

Ein Novum bei dieser Studie, die den Titel „Athermische biologische Wirkungen von elektroma-

genetischen Feldern auf das vegetative Nervensystem und Gen-Integrität“ (ATHEM3) trägt, war die Nutzung der eigens entnommenen Blutproben aller Probanden. Sieben Stunden nach deren Entnahme waren die Proben im renommierten Institut von Professor Igor Belyaev im Krebsforschungsinstitut der Slowakischen Akademie der Wissenschaft in Bratislava.

Koordiniert wurde die Studie vom Krebsforscher Professor Dr. med. Wilhelm Mosgöller von der Medizinischen Universität Wien. Sein Fazit:

„Wir haben bei ATHEM-3 per se keinen Krebs, sondern die biologische Begründung und Plausibilität für die Krebsentstehung liefert. Krebs als Gesundheitseffekt wurde schon in anderen Studien weltweit gezeigt, aber keiner hat es geglaubt. Jetzt ist es ein gutes Stück glaubwürdiger.“

Wir fragen nach beim Professor:

„Wenn man hört, Handymasten machen Krebs, lautet die erste logische Frage: Wie soll denn das gehen? Die Grenzwerte schützen uns doch!“

Dazu der Wiener Forscher:

„Ja, stimmt, die ICNIRP-Grenzwerte zu EMF, elektromagnetischen Feldern, schützen uns vor Verbrennungen, aber nicht vor Krebs. Grenzwerte, die uns vor expositionsbedingtem Krebs schützen können, gibt es bei der IAEO (Internationale Atomener-

gie-Behörde). Die IAEO begrenzt dazu allerdings keine physikalische Immission (W/m^2), sondern biologische Effekte (Chromosomenschäden), und genau diese haben wir – expositionsassoziiert – festgestellt. Salopp formuliert: Weil es nicht um ‚Überhitzung‘ (ICNIRP) geht, sondern um Krebs, nutzen wir für die Einordnung der Befunde die Erfahrung und das Regelwerk der IAEO.“

Starker Tobak!

Das heißt für uns Verbraucher, nach jahrelanger, sozusagen chronischer Exposition mit der von Sendeanlagen ausgehenden Strahlung zeigen sich erhöhte Raten von Chromosomenschäden, wie man es nach Exposition mit ionisierender und radioaktiver Strahlung kennt.

Die Internationale Atomenergie-Behörde nimmt diese Art von Chromosomenschäden als Basis für die Grenzwertfestlegung für den Schutz vor ionisierender Strahlung. Und die bei dieser Studie (ATHEM3) beobachteten Chromosomenschäden entsprechen einem Überschreiten der IAEO-Grenzwerte um ein Vielfaches!

Rund um den Globus werden bereits mögliche Konsequenzen daraus diskutiert. Denn die Ergebnisse wurden nach einem strengen Peer-Review-Verfahren von der internationalen Fachzeitschrift *Ecotoxicology and Environmental Safety* veröffentlicht.

Kurz nach der Studien-Veröffentlichung konnte ich meinen neuen Dokumentarfilm mit dem Titel „Das digitale Dilemma“ ver-

öffentlichen. Er wurde, wie auch die Studie, durch Spenden von Privatpersonen finanziert und kann kostenfrei hier eingesehen werden: www.das-digitale-dilemma.de. Als Initiator der Studie habe ich diese auch dokumentiert, und Teile davon sind in den Film eingeflossen.

Einige Anwälte haben sich bereits bei mir gemeldet. Sie sehen einen dringenden Bedarf, das Mobilfunkthema auch juristisch neu zu durchleuchten, zum Wohle und Schutz des Verbrauchers.

Im Film kommt auch der renommierte Wirtschaftswissenschaftler Professor Dr. Christian Kreiß zu Wort. Er hatte mit seinen Büchern „Gekaufte Forschung“ und „Gekaufte Wissenschaft“ die für uns Verbraucher fatalen Zustände aufgedeckt.

Christian Kreiß zitiert einen Witz des deutschen Komikers Otto Waalkes, der das Phänomen wunderbar zum Ausdruck zu bringen vermag:

„Rauchen ist nicht schädlich! – Gezeichnet Dr. Marlboro.“ ■

Zuerst erschienen bei:

<https://www.manova.news/artikel/das-digitale-dilemma>

1 <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0160412024005695>

2 <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/reveh-2024-0089/html>

3 <https://www.inchem.org/documents/ehc/ehc/ehc137.htm>

4 <https://www.saferemr.com/2024/09/biased-who-commissioned-review-claims.html>

Die UNZENSIERT ist UNBEZAHLBAR!

Deshalb kostet sie Euch Leser auch nichts.

Alle, die an diesem „Magazin für mündige Bürger“ mitarbeiten (Autoren, Layout, Versand, Verteiler), tun dies unentgeltlich. Was allerdings bezahlt werden muss, ist der Druck und das Porto für den Versand. Wer uns dabei unterstützen möchte, überweist einen kleinen Betrag mit dem Vermerk **DRUCKKOSTENZUSCHUSS** an

Kontoinhaber: Herbert Mayer

IBAN: DE06 7336 9920 0101 6079 95

BIC: GENODEF1SFO

UNZ.magazin@posteo.de www.unzensiert-allgaeu.de

In
eigener
Sache

DANKE

an alle, die es uns mit einem Druckkostenzuschuss ermöglichen, das Magazin weiterzuverbreiten.

Unser Dankeschön gilt auch all denen, die unser Heft verteilen und so dafür sorgen, dass so viele Menschen wie möglich erfahren, was in unserem Land schief läuft.

Ihre Redaktion



Die Hausbesetzer

VON HERBERT MAYER

■ Wir kennen das seit Jahren aus der Politik und wir haben es leider immer akzeptiert. Darum sind wir bis zu einem gewissen Grad auch selber schuld, dass daraus quasi ein „Gewohnheitsrecht“ wurde. Die Rede ist von dem Gebäude, das dem deutschen Volk gewidmet ist und ihm auch irgendwie gehört: dem Reichstag. Aber was ist passiert? Wir haben eine stattliche Anzahl von Männern und Frauen gewählt, die in unserem Auftrag dieses Haus temporär als Arbeitsplatz nutzen dürfen. Und nun nach einiger Zeit, zugegeben ziemlich spät, merken wir, dass sie dieses Recht umgedeutet haben. Sie sehen sich als Besitzer und die eigentlichen „Eigentümer“ sollen möglichst die Klappe halten. Die von uns gewählten „Mieter“ dieses Hauses haben es sich bequem eingerichtet. Sie haben das Haus einfach

in Beschlag genommen, um ihre eigenen (Partei)Geschäfte zu betreiben. Illegale Hausbesetzung wäre das geeignete Wort dafür. Und für manche Bundestagsabgeordneten durchaus kein Fremdwort. Ständig kommen neue Mitglieder dieser „Großkommune“ dazu, zahlen keine Miete und tun so, als gehöre es ihnen. Sie schotten sich ab, Fragen empfinden sie als lästig und störend und sie daran erinnern zu wollen, von wem sie bezahlt werden, gleicht einer Majestätsbeleidigung.

Warum fiel mir das erst in der Corona-Zeit auf? Vielleicht lag es daran, dass uns in unserer Satttheit gar nicht mehr bewusst war, was wir sind und was wir tun, geschweige denn, was wir mit uns machen lassen.

Aber das war ja zwischenzeitlich der Normalfall. Wie war das nochmal während der Corona-Zeit? Ob beim Bäcker, im Super-

markt oder im öffentlichen Raum. Überall wurden wir im glimpflichen Fall nur angeraunt, belehrt, schlimmstenfalls bestraft, wenn wir den neu aufgestellten Bedingungen nicht zustimmten, etwa durch die Verweigerung der Maske. Nun könnte man einwenden, dass die Laden- und Geschäftsbetreiber sich auf ihr Hausrecht berufen konnten. Warum sie das taten, wenn ihnen damit Einnahmen entgingen, bis hin zum Ruin, das muss man mir erklären.

Nun gibt es ja die Spezies, deren Existenzen nicht gefährdet waren. Die Leiter/innen in den Ämtern und Schulen, die allesamt von unseren Steuergeldern bezahlt werden. Manche gerierten sich wie Berserker, wenn man „ihre“ Regeln missachtete.

Das alles kommt ja nicht von ungefähr. Dem Bürger wurde damals von ganz oben in Person einer größenwahnsinnigen Kanzlerin signalisiert, dass man „die Zügel wieder anziehen müsse“, weil er ja nicht pariert. Weil er unvernünftiger Weise in Urlaub fuhr, den Abstand nicht einhielt, Alkohol trank, Grillpartys veranstaltete, Sex ohne Masken hatte, und – welche Unverfrorenheit – seine Grundrechte zurück wollte. Die Zügel mussten also wieder angezogen werden.

Um zu „unserem“ Haus zurückzukommen: Um unser Eigentum bauen die Mietpreller mittlerweile einen Graben, damit wir, die Eigentümer des hohen Hauses, es nur noch erschwert betreten können. Sie wollen unter sich bleiben. Verkehrte Welt. ■

ANZEIGE

Das Gebot der Stunde:

JETZT GOLD UND SILBER KAUFEN!

Wirksamer Vermögensschutz auf einfache Art – der Erwerb von Edelmetallen

Physisches Gold und Silber überlebte bisher alle Papierwährungen und bietet zuverlässigen Schutz vor weiteren Wertverlusten der eigenen Währung.

Besonders Gold- und Silbermünzen sind das perfekte Tauschmittel – liquide und auch international akzeptiert.

Nutzen Sie die Möglichkeit bis 1.999 Euro Edelmetall im Rahmen eines anonymen Tafelgeschäfts zu kaufen. Diskret, sicher und zu 100% zuverlässig.

Übrigens: der Staat hat auf diskret erworbenes Gold und Silber keinen Zugriff.

Rufen Sie mich zu Verfügbarkeiten und Preisen an. Wir besprechen Ihre Wünsche, die Kaufabwicklung und Ihren persönlichen Termin zur Warenübergabe.

BERND FUHRMANN
betriebliche und private Vermögen

Finanzgutachten
Honorarberatung
Edelmetalle

info@bernd-fuhrmann.de
www.bernd-fuhrmann.de
Am Sonnenbichel 9
D-87600 Kaufbeuren
Tel. 083 41-1 42 42
Mobil 0151-22364949





IMPFFEN, das Geschäft mit der Angst

VON CRISTEL BECK

■ „Noch ein Piks“ ist das Titelthema der Ausgabe 9/2024 der Zeitschrift „Apotheken Umschau Eltern“, die monatlich erscheint und als Gratisexemplar in Apotheken ausliegt. Nun erwartet vermutlich niemand, der seine fünf Sinne beisammen hat, in einem Organ der Pharmalobby neutrale oder gar kritische Aussagen zum Impfen zu finden, aber es gibt vermutlich junge Eltern, die sich zum ersten Mal mit diesem Thema beschäftigen und gerne jegliche Hinweise aufnehmen. Zumal diese Zeitschrift sicher nicht zufällig angelehnt an die bekannte Zeitschrift „Eltern“ daherkommt.¹ So wird der Werbecharakter erst auf den zweiten Blick oder für unbedarfte Leser auch gar nicht erkennbar. Dieser Artikel zum Impfen folgt denn auch der bekannten Strategie für alle Impfungen: Angst machen vor der Erkrankung, Verharmlosung von Impfungen und eventuellen Nebenwirkungen.

Tenor der Ausführungen ist: Man muss sich wegen Impfungen keine Sorgen machen. Der kleine Piks sei für Kinderärzte „schlicht

Alltag, um nicht zu sagen: Impfung läuft wie am Fließband. Manche verstehen nicht mal die vielen Fragen, die Eltern dazu haben.“ Was für ein Eingeständnis von Ignoranz und Unwissenheit.

Mit zwei neu hinzugekommenen Impfungen (RSV – Respiratorisches Synzytial-Virus und MenB Meningokokken B) werden nun insgesamt 38 Impfungen innerhalb der ersten sechs Lebensjahre eines Kindes von der STIKO² empfohlen. (Diese Zahl scheint wohl sogar den Autorinnen des Artikels etwas hoch, weshalb sie sofort versichern, dass viele davon zusammengefasst werden, so dass es viel weniger „Pikse“ seien. Geht es impfkritischen Eltern tatsächlich um den „Piks“?)

Und so wird auch gleich ordentlich Angst gemacht:

Zunächst geht es um RSV. Netzdoktor erklärt dazu: „Das RS-Virus löst Atemwegserkrankungen aus. Betroffen sind vor allem Säuglinge und Kleinkinder, manchmal erkranken aber auch Erwachsene.“³

„Apotheken Umschau Eltern“ geht gleich in die Vollen: „Jährlich müssen etwa 25.000 Säuglinge in

Deutschland wegen RSV im Krankenhaus und 200.000 ambulant behandelt werden. Was ist dagegen eine kleine Spritze“? Die Impfung soll Säuglinge über den ersten Winter bringen, „hält“ aber nur wenige Monate. Im Sommerhalbjahr geborene Kinder sollen deshalb im Herbst geimpft werden, im Winterhalbjahr geborene innerhalb der ersten zehn Lebensstage.

Prof. Dr. Andreas Sönnichsen macht in einem Interview mit der Journalistin Milena Preradovich keinen Hehl aus seiner abweichenden Meinung:

„Diese Impfung ist ein völliger Unsinn ... An RSV stirbt in Deutschland praktisch kein Kind. Kinder, die an RSV sterben sind absolute Einzelfälle, die schwere Vorerkrankungen haben. Und die wird man durch die Impfung auch nicht retten ... Die Studienlage dazu ist denkbar bescheiden – also die Evidenz, dass das irgendeinen Sinn macht. [Es gibt] zwar in ... [einer] randomisierten Studie eine geringfügige Reduktion der Hospitalisierungsrate, aber das ist definitiv das Risiko dieser Impfung nicht wert. Also von dieser Impfung kann man eigentlich nur abraten. Es ist unglaublich, dass die STIKO diese Impfung empfiehlt.“

Auf die Impfung gegen Meningokokken B wird bei „Eltern“ nur kurz, aber in bewährter Manier eingegangen: „Diese Bakterien können bei Säuglingen und Kleinkindern neben einer Mittelohr- oder Lungenentzündung auch Blutvergiftungen oder Hirnhautentzündungen verursachen.“ Schlimme Krankheiten, ohne Zweifel.

Eine Stellungnahme der Ärzte für individuelle Impfscheidung rückt die Gefährlichkeit jedoch etwas zurecht: „Invasive Meningokokken-Erkrankungen, ausgelöst durch die Serogruppe B, sind in Deutschland sehr selten (schon vor 2002 < 0,5 Fälle pro 100.000 Einwohner, 2020 0,2/100.000) und sind in den letzten Jahren kontinuierlich rückläufig (auf mittlerweile < 0,1 Fälle pro 100.000 Einwohner) ... Gegen die Impfung sprechen auch eine mögliche Autoimmunität beim

Geimpften und die hohe Reaktogenität“⁴ (Nebenwirkungen eines Impfstoffs – Anm. d. Red.⁵) Das RKI empfiehlt in seinem Beitrag zur MenB-Impfung dann auch dem Säugling gleichzeitig ein Schmerzmittel zu geben: „Aufgrund der erhöhten Reaktogenität des MenB-Impfstoffes empfiehlt die STIKO bei Kindern unter zwei Jahren eine prophylaktische Paracetamol-Gabe, die zeitgleich mit der Impfung oder kurz danach erfolgen sollte.“⁶

Von eventuellen Nebenwirkungen ist in diesem Eltern-Artikel nur einmal und wohl eher aus Versehen die Rede: Die Risikowahrnehmung verschiebe sich, denn „viele Erkrankungen kennen wir selbst gar nicht mehr ... Stattdessen sehen wir nur die Nebenwirkungen mancher Impfungen“.

Ja, dies ist vermutlich ein Problem, allerdings in anderer Hinsicht als es dort suggeriert wird. Auch der Impfkritiker Dr. Friedrich Graf bestätigt in seinem Buch „Nicht Impfen, was dann“:

„Das Gegenwartsproblem beginnt mit der Frage der Beobachtung, der Erfahrung und der Beurteilung gängiger Kinderkrankheiten, über die Ärzte von heute kaum mehr verfügen, da sie fast durchweg geimpfte Personen mit anderen ‚modernen‘ Problemen zu Gesicht bekommen. ... Heute [sind] es die Varianten der Allergien, die uns Ärzte vorrangig beschäftigen“⁷.

Kann ein Arzt, der „Kinderkrankheiten“ nur aus der Vorlesung an der Uni kennt, deren Gefährlichkeit tatsächlich einschätzen? Und woher kommen die modernen Krankheiten, die heute allgegenwärtig sind?

Graf weiter: „... in den gut versorgten Wohlstandsstaaten sind die typischen Kinderkrankheiten Masern, Mumps, Röteln und Windpocken ungefährlich geworden ... Im Gegenteil: Mit dem Zurückdrängen der Kinderkrankheiten durch Impfungen nehmen die verschiedenen chronischen Krankheiten einer geschädigten Abwehr zu, das sind die Allergien ..., das Rheuma, die Autoimmunkrankheiten und das Krebsleiden.“⁸

Wäre es nicht an der Zeit, dass wir uns dieser Erkrankungen grundsätzlich annehmen, statt den „Impfkalender“ der Kinder immer mehr auszuweiten?

Wie kann jemand im Jahr 2024 noch eine Aussage wie in diesem „Eltern“-Artikel treffen: „Wir verstehen doch gerade seit Corona die Bedeutung von Impfungen besser.“ Ja, – kann man hier nur sarkastisch erwidern – viele Menschen haben verstanden, dass die Corona-Impfung nicht vor Ansteckung schützte und allenfalls einen minimalen Einfluss auf den Verlauf der Erkrankung hatte. (Stichwort relative und absolute Impfeffektivität⁹) Und dass sie massive Nebenwirkungen verursachte. Aber die Autorinnen dieses Artikels scheinen davon noch nichts gehört zu haben. Ja, die Covid-Impfung von Kindern – für die diese Erkrankung völlig ungefährlich ist – wurde sogar damit begründet, dass dadurch ältere Menschen geschützt würden. Dies widerspricht eklatant der Menschenwürde, denn niemand darf Mittel zum Zweck für andere sein.

Der Artikel schließt mit dem Lob der Impfungen weltweit: „Impfungen haben in den letzten 50 Jahren alle sechs Minuten ein Leben gerettet.“ Woher diese Zahl kommt, wird im Artikel nicht genannt. Man kann vermuten, dass sie eine ähnliche Datenbasis hat wie die Millionen Menschenleben, die angeblich durch die Corona-Impfung gerettet wurden.¹⁰

1 <https://www.wortundbildverlag.de/apotheken-umschau-eltern>: Im August 2023 hatte der Wort & Bild Verlag bekannt gegeben, die Rechte an der Marke ELTERN für Apothekenmagazine von Gruner + Jahr unter dem Dach von RTL Deutschland zu lizenzieren.

2 Ständige Impfkommission. Lt. RKI ein „Unabhängiges, ehrenamtliches Expertengremium, das Impfempfehlungen für die Bevölkerung in Deutschland entwickelt.“ https://www.rki.de/DE/Content/Kommissionen/STIKO/stiko_node.html Eine lesenswerte kritische Stellungnahme, insbesondere zur Neubesetzung der STIKO im Frühjahr 2024 findet sich bei Multipolar

<https://multipolar-magazin.de/artikel/neue-stiko>

3 <https://www.netdokter.de/krankheiten/rs-virus/>

4 https://individuelle-impfentscheidung.de/fileadmin/Fachbeitr%C3%A4ge/Meningokokken/%C3%84FI_One-Pager_Meningokokken_Jan_2024.pdf

5 dtv Wörterbuch der Medizin, München 2000

6 https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/Impfen/Meningokokken/faq_ges.html

7 Dr. Friedrich P. Graf, Nicht impfen – was dann? Spangsrade Verlag, Aschberg, 2008

8 Ebd. S. 19

9 Andreas Sönnichsen, Die Angst- und Lügenpandemie, BoD, 2023, S. 132

10 <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/kritik-an-who-studie-hat-die-corona-impfung-wirklich-millionen-leben-gerettet-li.2257591>

und

<https://uncutnews.ch/haben-die-covid-impfstoffe-wirklich-20-millionen-menschenleben-weltweit-gerettet/>

und

Sönnichsen, S. 263 ff.

Literatur und Links zum Thema:

Gerhard Buchwald, Impfen. Das Geschäft mit der Angst, emu Verlag

Friedrich P. Graf. Die Impfentscheidung, Spangsrade Verlag

Friedrich P. Graf. Nicht impfen – was dann? Spangsrade Verlag

Martin Hirte: Impfen. Pro & Contra. Knauer

<https://impfentscheidung.online/> Homepage des Vereins „Initiative freie Impfentscheidung e.V.“

<https://individuelle-impfentscheidung.de/> Homepage des Vereins „Ärztinnen und Ärzte für individuelle Impfentscheidung e.V.“ u. a. mit Informationen zu den einzelnen Impfungen

re:vision
VERLAG UND REDAKTION

Impressum:

V.i.S.d.P.: Herbert Mayer
Auf der Ludwigshöhe 44, 87437 Kempten
www.unzensiert-allgaeu.de
Titelabbildung: Khanh Trinh/Pixabay
Sie möchten „UNZENSIERT“ als PDF-Datei?
Sie wollen eine Anzeige schalten?
Sie können uns beim Verteilen helfen?
Schreiben Sie uns: UNZ.magazin@posteo.de
Fremdbeiträge geben immer die Meinung des Verfassers wieder.
Alle Links waren zum Zeitpunkt der Drucklegung aktiv. Inhalt und Verfügbarkeit der Quellen ohne Gewähr.



Ob Hamburg, Chemnitz oder Rostock: Die Bargeldabschaffung im Nahverkehr hat Fahrt aufgenommen. Menschen mit Behinderungen, Alte und Kinder werden ausgeschlossen oder zum Schwarzfahren genötigt. Die Kommunen machen weiter, auch gegen den Willen der Schwächsten.

VON HAKON VON HOLST

■ Im Bus bar bezahlen? In Hamburg ist das seit dem 1. Januar 2024 passé. Senioren haben ein Problem: Ein Bild-Reporter begleitete die 80jährige Christa D. auf ihrer Fahrt in die Innenstadt.¹ Nach dem Einstieg muss sie am Ticketcomputer ein Angebot wählen und mit Guthabekarte bezahlen.

Doch sie schafft es nicht: Eh der Fahrschein gekauft ist, rollt der Bus an und nimmt die Seniorin mit durch alle Strapazen des Stadtverkehrs. Sie kann sich nicht

einhandig festhalten, wenn der Bus bremst. »Die Behörden zwingen mich zum Schwarzfahren«, sagt Christa D., die ihre Tochter besuchen möchte. Früher zahlte sie mit abgezähltem Kleingeld beim Busfahrer. Das ging schnell.

Christa D. kann den Ticketcomputer zumindest in der Theorie bedienen. Für Menschen mit kognitiven Einschränkungen oder einer Sehbehinderung gilt das nicht. Anfang 2024 haben fünf soziale Vereinigungen die Abschaffung des Bargelds in Hamburg kritisiert². Angelika Antefuhr, Vorsitzende des Blinden- und Sehbehindertenvereins Hamburg, sagte, vielen Menschen mit Behinderung sei es »nicht mehr eigenständig möglich, mit dem Bus zu fahren«. Dabei steht im Grundgesetz:

»Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.«³

Selbst wenn der Ticketkauf in der Hansestadt mit fremder Unterstützung gelingen sollte, bleibt

immer noch die finanzielle Benachteiligung: Wer ein Smartphone besitzt und ein Ticket per App kauft, erhält seit 2021 exklusiv sieben Prozent Rabatt.

Kein Halten vor den Kindern

Die unsoziale Seite der Entwicklung zeigt sich auch gegenüber Kindern mit voller Härte. In Chemnitz⁴ wurde ein Zwölfjähriger zum Aussteigen veranlasst, weil er nicht mit Karte bezahlen konnte. Die örtlichen Verkehrsbetriebe empfahlen dem Vater daraufhin eine »Mastercard für Kinder zwischen 7 und 18 Jahren«. Die Karte hätte laut MDR stattliche 36 Euro im Jahr gekostet.

Besonders zynisch daran: Mastercard führte in der Vergangenheit eine Kampagne gegen das Bargeld⁵. Der Konzern verbreitete das Bild von dreckigen, mit Bakterien und Viren verseuchten Banknoten. Zu gern würde das Unternehmen sehen, dass der Bürger auf seine Kreditkarte umsteigt. Wir sprechen über eines der rentabelsten Geschäfte weltweit: Mastercard verwandelt die Hälfte seiner Einnahmen in Gewinne, erwirtschaftet einen Gewinn von 15 Milliarden Dollar jährlich.

Mit staatlicher Unterstützung

Auch in Dresden, Erfurt, Leipzig, Mainz, Schweinfurt und Wiesbaden macht sich der Staat an der Bargeldabschaffung mitschuldig. Er lässt zu, dass das einzige analoge gesetzliche Zahlungsmittel im Nahverkehr unter die Räder kommt. In Rostock verschwinden die Barzahlungsmöglichkeiten in Bus und Bahn zugunsten bargeldloser Ticketdrucker. An nicht einmal 10 Prozent der Haltestellen gibt es Automaten mit Bargeldannahme.⁶

Für die finanzielle Unterstützung des bargeldlosen Nahverkehrs in Rostock darf sich der Bürger beim Bundesverkehrsministerium⁷ bedanken. Auch Hamburg konnte auf diese Hilfe von ganz oben zählen. Die Politik bekennt sich laufend zum Bargeld, aber sie fördert seine Abschaffung als Zahlungsmittel. Ein Skandal.

Wege aus der Negativspirale

Ein Lichtschimmer ist die große Unterstützung für den europaweiten Schutz des Bargelds. Im Juli habe ich nach langer Vorbereitung zusammen mit Hansjörg Stützle eine Petition an EU-Parlament und die nationalen Finanzministerien gestartet. Bald 90.000 Menschen haben unterschrieben. Eine der Forderungen lautet: »Der öffentliche Nah- und Fernverkehr muss problemfrei mit Bargeld genutzt werden können.«

Dieses Ziel muss unbedingt in der geplanten EU-Bargeld-Verordnung berücksichtigt werden. Helfen Sie mit, Druck auf die Politik zu erzeugen. Wir brauchen 100.000 Unterstützer. Zeichnen Sie die Petition⁸ und sagen Sie es weiter. Bis sich etwas tut, schreitet die Verdrängung des Bargelds fort. Seit dem 1. September 2024 kann in Berlins Bussen nicht mehr bar bezahlt werden.

Petition für den europaweiten Schutz des Bargelds: jetzt unterschreiben oder teilen via E-Mail, Facebook, X (Twitter), Telegram oder WhatsApp.

<https://bargeldverbot.info/2024/10/22/nahverkehr-senioren-kinder/>

https://775el.r.sp1-brevonet/mk/cl/f/sh/1t6Af40iGsDg0nrs02e8mJv9P9J-1RE/RzOHB_FWJdVD

1 <https://www.bild.de/news/inland/nach-ticket-revolution-senioren-verzweifeln-am-busfahren-ohne-bargeld-6706696341544c4c743b5758>

2 <https://www.sovd-hh.de/news-service/bargeldloses-zahlen-schliesst-menschen-mit-behinderung-vom-busfahren-aus>

3 <https://dejure.org/gesetze/GG/3.html>

4 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/dresden/nahverkehr-vvo-fahrscheine-automaten-geld-bezahlen-bargeldlos-100.html>

5 <https://bargeldverbot.info/2024/06/13/vortrag-prag-schmutzgeld-kampagne/>

6 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=120955>

7 <https://www.berliner-zeitung.de/open-source/nahverkehr-ohne-bargeld-wie-jetzt-in-bvg-bussen-ein-spinnen-netz-der-ueberwachung-li.2249550>

8 <https://bargeldverbot.info/petition>



IRONYMUS glotzt ...

Ihre Meinung wird Ihnen präsentiert von ... oder Bilden Sie sich unsere Meinung

VON VOLKER FREYSTEDT

■ Was ist der Unterschied zwischen Öffentlich-rechtlichem Fernsehen/Hörfunk (ÖRR) und den privaten Sendern? Hauptsächlich der, dass die Privaten keine Gebühren verlangen. Wer sie nutzt, hilft ihnen durch die Einschaltquote zu Werbeeinnahmen. Die Werbetreibenden gehen davon aus, dass es Leute gibt, die sich ihre Spots nicht nur ansehen oder anhören, sondern dadurch Kaufanreize erhalten. Und offenbar gibt es Hardcore-Werbefreaks, die sogar Dauerwerbesendungen im TV interessant finden – es braucht also nicht einmal mehr einen anderen „Content“ wie Tele-novelas, um dieses Publikum bei der Stange zu halten.

Und was machen die ÖRR anders? Sie sind ja durch die Zwangsgebühren, die jedem Haushalt – ob Nutzer oder nicht! – abgeknöpft werden, finanziell gut gepampert. Trotzdem wird auch bei ihnen gewonnen was das Zeug hält! Eine der wichtigsten Aufgaben der ÖRR ist Information. Doch wenn ich zum Beispiel bei der ARD Informationen abrufen will, werden mir

diese zu meiner Irritation von irgendwelchen Unternehmen präsentiert. „Das Wetter präsentiert Ihnen AB“; die Wirtschaft wird Ihnen präsentiert von XY“, und auch die neuesten Sportnachrichten verdanke ich einem Sponsor und nicht der ARD. Wofür also verlangen die ÖRR von mir Gebühren? Allein dafür, dass bei ihnen ein Spielfilm nicht mehrfach von minutenlangen Werbeclips unterbrochen wird? Dann würde ich für eine Gebührenbefreiung dieses kleinen Übel gerne in Kauf nehmen, kann man die Pausen doch auch sinnvoll nutzen (WC, Tee kochen, Bier holen, Stretchen etc).

Aber Halt! Die ÖRR haben doch auch noch einen wichtigen Auftrag zu erfüllen! Nicht nur Geld zu verdienen wie die Privaten. Im „Rundfunkstaatsvertrag“ steht es: „Zur freien individuellen und öffentlichen Meinungsbildung beitragen!“ Doch wie soll das gehen, wenn durch den im Internet herrschenden Informationswirrwarr viele Menschen überfordert werden? Und wie soll eine Demokratie, die ja von Mehrheitsentscheidungen abhängt, funktionieren, wenn jeder Bürger sich seine eigene Weltsicht zusammenbastelt? Deshalb sehen es die ÖRR wohl als ihre Pflicht, dem überforderten Bürger behilflich zu sein bei seiner Meinungsbildung, indem er vor unwichtigen, irritierenden, nicht ins gewünschte Bild passenden Informationen bewahrt wird. Statt dessen erhält er leicht verdauliche, stimmige Informationen, präsentiert von ausgesuchten und vertrauenswürdigen Experten, die ihm durch ihre häufige Bildschirmpräsenz vertraut gemacht werden. Damit auch letzte Unsicherheiten und Zweifel ausgeräumt sind, wird alles von verlässlichen Fakten-Checkern zertifiziert, so dass sich der Zuschauer sicher sein kann, mit seiner nun gewonnenen Meinung voll im Trend zu liegen. Die letzte Gewissheit kann er sich dadurch holen, dass er eine der Qualitätszeitungen abonniert, wo er zu seiner Beruhigung feststellen kann, dass er mit seinem ÖRR-Weltbild genau richtig, also auf keinen Fall zu weit rechts liegt! ■

Fastfood tötet jährlich 11 Millionen Menschen!

Rauchen tötet jährlich 7 Millionen Menschen!

Alkohol tötet jährlich 8 Millionen Menschen!

Drogen töten jährlich 11 Millionen Menschen!

Abtreibungen töten jährlich 73 Millionen Menschen!

**Affenpocken:
5 Todesfälle**

➔ WHO ruft weltweiten Gesundheitsnotstand aus!

90% des Plastikmülls in den Weltmeeren kommt aus diesen 10 Flüssen



Wenn Sie sich mal wieder fragen, warum in der EU Plastikstrohhalm verboten wurden, Sie für Plastiktüten bezahlen müssen, Schraubverschlüsse nicht mehr normal abnehmbar sind und sie unzählige weitere Drangsalierungsmaßnahmen erleiden müssen, dann schauen Sie sich einfach mal diese Grafik an. Sie werden merken, dass „wir“ überhaupt nicht das Problem sind.

Sehr geehrter Kunde, bei Kartenzahlung erheben wir eine Gebühr von 730 Vielen Dank für ihr Verständnis

Zur Nachahmung empfohlen!

Der Unzensiert-Kommentäter

Wie die Filmindustrie einer Verunsicherung der Bevölkerung vorbeugt

VON VOLKER FREYSTEDT

■ Es war zunächst ein Gerücht, oder im heutigen Sprachgebrauch eine „Verschwörungserzählung“, dass es Filmstudios gäbe, in denen alte Filme überarbeitet würden. Und zwar nicht ganz alte Filme zur Verbesserung ihrer technischen Qualität, sondern Filme aus der Zeit, bevor das Geengineering, im Speziellen das Ausbringen von so genannten Chemtrails, für den heute vielen Menschen bereits so vertrauten milchigen Himmel sorgte. Diese Vertrautheit könnte allerdings leiden, wenn der Betrachter von älteren Filmen sich über Landschaftsszenen mit strahlend



blauem Himmel wundert und bei ihm Erinnerungen aufsteigen, dass dies ja in seiner Landschaft auch einmal Normalität war. Und um dieser Verunsicherung vorzubeugen, werden die Himmel in den alten Filmen der heutigen Optik angepasst!

Wer überprüfen möchte, ob das wirklich stimmt, braucht eine alte DVD oder noch besser eine VHS-Kassette mit einem Film, der möglichst viel Landschaft zeigt, z. B. ein Western. Dann schaue man sich eine Neuauflage des gleichen Films an – und staune!

Doch wenn man das Wetter bzw. das Klimabild eines Films verändert, warum dann nicht auch den Filmtitel anpassen? Zumindest, wenn dieser eine Anspielung auf Wetter bzw. Klima enthält.

Also z. B. statt „Manche mögen's heiß“ – „Niemand mag's sooo heiß!“

Statt „Es geschah am helllichten Tag“ – „Es geschah am nicht ganz so helllichten Tag“.

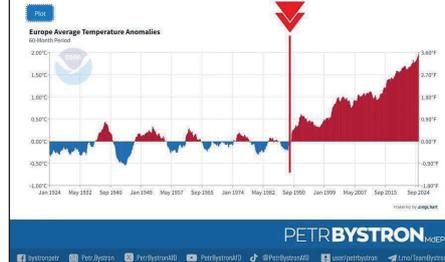
„Singin' in the rain“ wird zu „Sinking in the flood“,

„Vom Winde verweht“ zu „Vom Tornado verwirbelt“.

Weitere Vorschläge nehmen die betreffenden Hollywood-Studios gerne entgegen. ■

TEMPERATURANSTIEG IN EUROPA

GRÜNDUNG DES WELTKLIMARATS 1988



Das Gehirn ist unser erstaunlichstes Organ. Es hat 90 Milliarden Zellen und arbeitet ohne Unterbrechung Tag und Nacht. Von der Geburt bis zum Kauf eines Fernsehers.